

Betreff:

Flächennutzungsprioritäten der Verwaltung

Organisationseinheit:

Dezernat III
61 Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz

Datum:

13.03.2019

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

26.03.2019

Status

Ö

Sachverhalt:

Zur Anfrage von Herrn Bonneberg aus der Sitzung des Stadtbezirksrats vom 30.10.2018 wird wie folgt Stellung genommen:

Wenn es um die Nutzung von einzelnen Flächen bzw. Gebäuden geht, kann jeder Eigentümer im Rahmen des vorhandenen Baurechtes für sein jeweiliges Bauvorhaben einen Bauantrag bei der zuständigen Baugenehmigungsbehörde stellen. Entspricht der Bauantrag dem vorliegenden Planungsrecht, hat der Antragsteller einen Rechtsanspruch auf eine Baugenehmigung. Eine Beteiligung des Stadtbezirksrates in derart gelagerten Fällen ist rechtlich nicht vorgesehen.

Der Stadtbezirksrat wird jedoch intensiv beteiligt, wenn es um die Entwicklung des Stadtbezirkes und neue Planungen geht. Beispiele sind neben den regelmäßigen Beteiligungsmöglichkeiten bei Bauleitplänen insbesondere die Aufstellung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes.

Warnecke

Anlage/n:

Keine

Absender:

**Brakel, Philip / SPD-Fraktion im
Stadtbezirksrat 131**

TOP 4.1
19-10751
Antrag (öffentlich)

Betreff:

Fahrradpiktogramm am Inselwall

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

03.05.2019

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (Entscheidung)

22.05.2019

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Beschlussvorschlag:

Der Stadtbezirksrat Innenstadt beschließt aus eigenen Mitteln ein Fahrradpiktogramm auf dem Inselwall an der Ecke „Am neuen Petritore“ auf der Fahrbahn aufzutragen, sowie das Piktogramm auf halbem Wege nachzuzeichnen.

Sachverhalt:

Der Inselwall am Rande der nördlichen Innenstadt bietet eine überwiegend ruhige Lage und wird gerne von Fußgängern und Radfahrern genutzt.

Die Fahrbahn des Inselwalls ist als Fahrradstraße ausgewiesen und soll den Radfahrern ausreichend Platz bieten. Die meisten Radfahrer nutzen die Fahrbahn wie vorgesehen. Damit alle Verkehrsteilnehmer aus beiden Einfahrtsrichtungen sich der besonderen Bedingungen der Fahrradstraße gewahr werden, sollte ein weiteres entsprechendes Piktogramm aufgetragen werden.

Anlagen:

Betreff:

Baumgruppe auf dem Schlossplatz

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

09.05.2019

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (Entscheidung)

22.05.2019

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt einen konkreten Umsetzungsvorschlag für eine Baumgruppe (z.B. in Form eines Baumkarrees) auf der südlichen Seite des Schlossplatzes (zwischen dem Baukörper der Schloss-Arkaden und der Georg-Eckert-Straße) zu erarbeiten und diesen den Gremien möglichst noch vor den Beratungen zum Haushalt 2020 vorzulegen.

Dieser Umsetzungsvorschlag soll dabei die folgenden Informationen enthalten:

1. Die genaue Lage einer solchen Baumgruppe.
2. Die Größe der zu entsiegelnden Fläche und die Anzahl der zu pflanzenden Bäume.
3. Eine Kostenschätzung für die Umsetzung dieser Maßnahme.
4. Ein Alternativstandort in möglichst unmittelbarer Nähe für eventuell wegfallende Fahrradabstellanlagen.

Sachverhalt:

Der Klimawandel ist real und auch Braunschweig wird die Folgen des Klimawandels zu spüren bekommen. Dies geht u.a. aus der jüngst vorgestellten Stadtklimaanalyse hervor. Insbesondere die großen gepflasterten Plätze in der Innenstadt heizen sich an heißen Tagen stark auf und geben auch nachts noch die gespeicherte Wärme ab. Im Zuge der Anpassung an den Klimawandel empfiehlt die Stadtklimaanalyse deshalb u.a., große Flächen zu entsiegeln und kühlende und schattenspendende Bepflanzungen vorzunehmen. Je eher mit dieser Anpassung an den zu erwartenden Klimawandel begonnen wird, desto wirkungsvoller sind solche Maßnahme, da jetzt gepflanzte Bäume erst in mehreren Jahrzehnten ihre volle schattenspendende Wirkung entfalten werden.

Der Vorplatz des Schlosses bietet gerade in dem vorgeschlagenen Abschnitt ausreichend Platz, um hier ein erstes Projekt zum Klimaschutz umzusetzen. Der Wunsch, den Schlossplatz durch Bepflanzung aufzulockern wurde darüber hinaus immer wieder (z.B. bei den Bürgerhaushalten oder beim ISEK-Beteiligungsprozess "Denk Deine Stadt") aus der Bevölkerung geäußert. Jüngst hat Prof. Ackers in seiner auch den Ratsfraktionen zugeleiteten "Studie zur Entwicklung und Gestaltung des Umfeldes Schloss und Schloss-Arkaden Braunschweig" diese Idee aufgegriffen und schlägt an dieser Stelle ebenfalls ein Baumkarree vor. Zumindest indirekt nimmt Ackers dabei Bezug auf die Anregung der Grünen Ratsfraktion, an mehreren Stellen in der Innenstadt sog. Pocket-Parks anzulegen.

Anlagen:

Visualisierung eines Baumkarrees auf dem Schlossplatz aus der "Studie zur Entwicklung und Gestaltung des Umfeldes Schloss und Schloss-Arkaden Braunschweig" - (c) Ackers Partner Städtebau

Absender:

**Brakel, Philip / SPD-Fraktion im
Stadtbezirksrat 131**

TOP 4.3
19-10737
Antrag (öffentlich)

Betreff:

Sicherheit am Parkhaus Güldenoffice

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

02.05.2019

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (Entscheidung)

22.05.2019

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird angeregt

1. Die Beschilderung an den beiden Ausfahrten der Parkgarage Güldenoffice um ein deutliches Hinweisschild „nur nach rechts abbiegen“ zu erweitern.
2. Vor der Parkgarage Güldenoffice eine Verdeutlichung vorzunehmen, dass die Straße nicht aus der Parkgarage passiert werden darf.
Beispielsweise durch Fähnchen oder unmissverständliche Straßenmarkierungen auf der Fahrbahn.

Sachverhalt:

Die Güldenstraße weist mit einem hohen Verkehrsaufkommen und großzügiger Fahrspurauslegung eine Abgrenzung und ein Hindernis für motorlose Verkehrsteilnehmer auf dem Weg in oder aus der Innenstadt auf.

Aufgrund der hohen Nutzungszahl besteht eine erhöhte Gefahr eines Zusammenstoßes zwischen verschiedenen Verkehrsteilnehmern.

Die Fußgängerquerung zwischen Malertwete und Eulenspiegeltwete neben dem Parkhaus Güldenoffice steht bei diesem Antrag besonders im Blickpunkt. Nach Bewohnerbeschwerden über das Nicht-Einhalten der vorgegebenen Verkehrsführung in Bezug auf manche Parkhausnutzer wurde diese Gefahrenquelle identifiziert.

Das Ignorieren der durchgezogenen doppelten Fahrbahnmarkierung wird auch durch deren Abnutzung sichtbar.

Die SPD Innenstadt möchte sich insbesondere für die schwächeren Verkehrsteilnehmer einsetzen und bringt daher folgenden Antrag ein.

Anlagen:

- Karte mit nicht ordnungsgemäßer Ausfahrt
- Bild der Ausfahrt
- Bild des Mittelstreifens

Betreff:

**Verwendung von bezirklichen Mitteln 2019 im Stadtbezirk 131 -
Innenstadt**

Organisationseinheit:

Dezernat II
10 Fachbereich Zentrale Dienste

Datum:

28.02.2019

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (Entscheidung)

Sitzungstermin

12.03.2019

Status

Ö

Beschluss:

Die im Jahr 2019 veranschlagten Haushaltsmittel des Stadtbezirksrates 131 – Innenstadt – werden wie folgt verwendet:

1. Unterhaltung unbeweglichen Vermögens 9.000,00 €
2. Grünanlagenunterhaltung 800,00 €

Der Vorschlag für die jeweilige Verwendung ergibt sich aus dem Begründungstext.

Sachverhalt:

Für die Verwendung der bezirklichen Mittel im Stadtbezirk 131 Innenstadt unterbreitet die Verwaltung dem Stadtbezirksrat folgende Vorschläge:

Zu 1.: Unterhaltung unbeweglichen Vermögens:

Nr.	Straße	Maßnahme	Geschätzte Kosten
1.	Okerstraße	Gehweg vor Haus-Nr. 4 und 13, Gehwegabsenkung vor dem Hotel und dem Gästehaus: Regulierung der Betonplatten in Teilbereichen, Betonplatten und Schottertragschicht teilweise erneuern.	3.800 €
2.	Güldenstraße	vor Haus.Nr.1/ Prinzenweg: Sandsteinplatten regulieren. Sandsteinplatten werden aufgenommen und wiederverlegt. Überbezirkliche Straße wegen der Verkehrsbedeutung.	2.600 €

Nr.	Straße	Maßnahme	Geschätzte Kosten
3.	Am Hohen Tore	Gehweg vor Haus-Nr.1 und 7: Regulierung der Betonplatten in Teilbereichen. Betonplatten und Schottertragschicht teilweise erneuern. Überbezirkliche Straße wegen ÖPNV.	5.600 €
4.	Alte Knochenhauerstraße	Bordabsenkung für eine barrierefreie Überquerungsmöglichkeit Alte Knochenhauerstraße/ Eiermarkt.	2.700 €
5.	Sonnenstraße	Gehweg vor Haus-Nr. 9: Regulierung der Betonplatten in Teilbereichen. Betonplatten und Schottertragschicht teilweise erneuern. Überbezirkliche Straße wegen ÖPNV.	3.600 €
6.	Sonnenstraße	Schlagloch in Fahrbahn beseitigen. Erneuerung der bit. Verschleißschicht. Überbezirkliche Straße wegen ÖPNV.	4.000 €

Die im Beschlusstext genannten 9.000,00 € dienen lediglich der Orientierung. Der Stadtbezirksrat kann unabhängig davon, im Rahmen seines Gesamtbudgets, abweichende Beschlüsse fassen. Gleiches gilt für die unter Ziffer 2 genannten Grünanlagenunterhaltungsmittel.

Zu 2.: Grünanlagenunterhaltung:

Reparatur der wassergebundenen Decke am Lessingdenkmal.

Die Beschlüsse stehen unter dem Vorbehalt der Genehmigung und des Inkrafttretens des städtischen Haushalts 2019.

Einrichtungsgegenstände bezirkliche Schulen:

Die Verwendungsvorschläge für die Einrichtungsgegenstände werden zu einem späteren Zeitpunkt mit einer gesonderten Vorlage zur Beschlussfassung vorgelegt.

Ruppert

Anlage/n:
keine

Absender:

**Stühmeier, Gerrit / CDU-Fraktion im
Stadtbezirksrat 131**

TOP 8.1

19-10785
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Weiterentwicklung der westlichen Innenstadt - Welfenhof

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

09.05.2019

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (zur Beantwortung)

22.05.2019

Status

Ö

Sachverhalt:

Nach der Fertigstellung des Konrad-Koch-Quartiers, der Aufnahme der Umbauarbeiten im Langerfeldt-Haus am Sack und den neuesten Informationen zur beabsichtigten Burggasse anstelle der Burgpassage hängt die zukunftsfähige Weiterentwicklung der westlichen Innenstadt im Straßenzug Welfenhof – Sack – Schuhstraße – Burgpassage – Hutfiltern von der Revitalisierung des teilweise leer stehenden Welfenhofes ab. Die Weiterentwicklung ist eine große Chance zur Steigerung der Attraktivität unserer Innenstadt – auch als Handelszentrum. Aus diesem Grund ist sie für die Braunschweiger und die Besucher aus der Region von besonderer Bedeutung. Gleichzeitig ist dieser städtebauliche Zusammenhang im oben genannten Straßenzug auch für Eigentümer, Investoren und Mieter untrennbar gegeben.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Welche Voraussetzungen sieht die Verwaltung zur Revitalisierung des Welfenhofes als notwendig an?
2. Welche Möglichkeiten hat die Stadt Braunschweig (in Zusammenarbeit mit dem Eigentümer und dem Betreiber), zur Erfüllung dieser Voraussetzungen beizutragen, und welche zukünftige Gestaltung des Welfenhofes schwebt ihr dabei vor?
3. Wie beabsichtigt die Verwaltung diese Möglichkeiten zu nutzen und welche Zeitvorstellung verfolgt sie dabei?

Gerrit Stühmeier
CDU-Fraktion im Stadtbezirksrat 131

Anlagen:

keine

Absender:

**Brakel, Philip / SPD-Fraktion im
Stadtbezirksrat 131**

TOP 8.2
19-10752
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Künftige Nutzung der Alten Markthalle

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

03.05.2019

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (zur Beantwortung)

22.05.2019

Status

Ö

Sachverhalt:

Das Gelände der alten Markthalle beim Großen Hof wird seit vielen Jahren für diverse Nutzungen in Betracht gezogen, ob Wohnraum, Sporthalle, Unterrichtsräume oder moderne Markthalle. Derzeit wird eine wertvolle innenstädtische Fläche lediglich durch ebenerdige Parkplätze genutzt. Anfragen aus verschiedenen politischen Lagern der vergangenen Jahre (16-01683, 3452/15, 3398/15) haben bisher keine klare Schlagrichtung der Verwaltung hervorbringen können.

Die SPD im Stadtbezirksrat Innenstadt stellt folgende Anfrage:

1. Wie ist der derzeitige Stand der Planungen zur künftigen Nutzung des Geländes der alten Markthalle / Großer Hof?
2. Wie weit sind die Planungen zur Neuordnung des Areals gemäß Erwähnung in Vorlage 18-07857?

Anlagen:

keine

Absender:

**Heikebrügge, Stefan / Gruppe
PARTEI/PIRATEN im Stadtbezirksrat
131**

TOP 8.3
19-10457
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Bäume in der Ferdinandstraße

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

20.03.2019

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (zur Beantwortung)

22.05.2019

Status

Ö

In der Ferdinandstraße fehlen seit einiger Zeit Bäume. Frage an die Verwaltung:

1. Warum wurden die Bäume beseitigt?
2. Werden hier neue Bäume gepflanzt werden?
3. Wann erfolgt die Pflanzung neuer Bäume?

gez. Stefan Heikebrügge, Die PARTEI

Anlage/n:

keine

Absender:

**Gruppe PARTEI/PIRATEN im
Stadtbezirksrat 131**

TOP 8.4

17-05899

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Potentiale zeitgenössischer Mobilitätsinnovationen für den
Stadtbezirk Innenstadt**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

22.11.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (zur Beantwortung)

05.12.2017

Status

Ö

Im Wettbewerb der Städte Europas um zukunftsweisende innovative Innenstadt-Verkehrssysteme soll die Stadt Braunschweig als Standort, auch mobilitätsbezogener, Wissenschaft und Forschung ihre Position erhalten.

Durch seine exponierte Lage in Stadt und Region, sein dichtes Verkehrsnetz sowie die kurzen Entfernungen zwischen Geschäften, Wohnungen, Fertigungsanlagen, Arbeitsplätzen und Erholungsräumen erhält der Braunschweiger Stadtbezirk Innenstadt hier besondere Bedeutung als mögliche Sonderzone zur Einführung für derartige Mischgebiete geeigneter Mobilitätsinnovationen.

1. Welche der zurzeit sichtbar werdenen alternativen Mobilitätskonzepte (Beispiele siehe Anlage "Mobilitätsinnovation_Beispiele_2017.pdf") bieten aus Sicht der Verwaltung erstrebenswertes Potential für die Entwicklung der Braunschweiger Innenstadt?
2. Worin besteht das jeweilige erstrebenswerte Potential?
3. Welche politisch zu vollziehenden Schritte empfiehlt die Verwaltung zur erfolgreichen Erschließung dieser Potentiale für den Stadtbezirk Innenstadt?

gez.

Martin Bonneberg

Anlagen:

Mobilitätsinnovation Beispiele 2017

Beispiele zur Illustration der Anfrage

1. <http://www.zeit.de/mobilitaet/2017-10/autonomes-fahren-bad-birnbach-elektrobus> > Die Deutsche Bahn realisiert Nahverkehrslösungen (Hamburg, Bad Birnbach, <https://3druck.com/nachrichten/deutsche-bahn-setzt-3d-gedruckten-autonomen-bus-olli-von-local-motors-ein-3553597/>) mit autonomen Klein-Bussen von Ligier, alternativ: localmotors.com



2. die Deutsche Post liefert Postgut in Eigenprodukten ("streetscooter" Transport-ePKW > <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/post-und-ford-wollen-groesseren-elektro-transporter-bauen-15153816.html>, Entwicklung mittels Hochschul-StartUp/ SpinOff-Unternehmen, danach mit Ford als Industriepartner



die Deutsche Post nutzt postguttragende Robotfahrzeuge zur Zustellerbegleitung > <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/post-testet-begleit-roboter-geraet-soll-zusteller-entlasten-15230525.html>



3. <https://www.tz.de/muenchen/stadt/aerger-um-neuen-leihradl-anbieter-fahrraeder-als-datensammler-8591103.html> > chinesische Anbieter stellen eBikes unentgeltlich gegen Kunden-Daten zur Verfügung.



Betreff:

Potentiale zeitgenössischer Mobilitätsinnovationen für den Stadtbezirk Innenstadt

Organisationseinheit:

Dezernat III
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr

Datum:

14.05.2019

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

22.05.2019

Status

Ö

Sachverhalt:

Zur Anfrage der Gruppe PARTEI/PIRATEN vom 22.11.2017 nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Zu 1. und 2.:

In den letzten Jahren hat sich weltweit eine sehr starke Dynamik im Bereich neuer Verkehrsmittel sowie neuer, innovativer Mobilitätsangebote und –dienstleistungen entwickelt. Sowohl technische Aspekte wie Elektrifizierung, Digitalisierung und Automatisierung als auch ökologische und soziale Aspekte wie Klima- und Umweltschutz, Sharing-Konzepte und Barrierefreiheit sind einige der wichtigen Treiber der Mobilitätswende.

Vor diesem Hintergrund können Mobilitätskonzepte u. a. die gezielte Förderung bestimmter Verkehrsträger wie dem Fahrrad oder dem ÖPNV oder die Verknüpfung bestehender oder neuer Verkehrsmittel mit bedarfsgerechten (digitalen) Angeboten und Dienstleistungen zum Gegenstand haben. Welches Mobilitätskonzept für einen bestimmten Aufgaben- und Themenbereich das geeignetste ist, kann in erster Linie auf Grundlage von politisch beschlossenen Zielen auf Europa-, Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene beurteilt werden. So sind beispielsweise das Stadtbahnausbaukonzept und der Mobilitätsentwicklungsplan, der derzeit von der Verwaltung vorbereitet wird, sehr gut geeignete Wege zur Umsetzung klima- und umweltpolitischer Ziele sowie zur Steigerung der Lebens- und Aufenthaltsqualität.

Wesentliche Ziele der Stadt Braunschweig für das Jahr 2030 wurden im Rahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes 2030 (ISEK) umfassend diskutiert, erarbeitet und am 06.11.2018 vom Rat beschlossen. Hierbei wurden auch die technischen Innovationen, auf denen die in der Anfrage aufgeführten Beispiele basieren, bereits mit berücksichtigt: Automatisierung, Elektrifizierung und Fahrzeug-Sharing.

So verfügt die Stadt Braunschweig beispielsweise im Bereich Automatisierung mit der Anwendungsplattform Intelligente Mobilität (AIM) des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) über ein leistungsfähiges Instrument und europaweit einmaliges Reallabor zur Erforschung des hochautomatisierten, autonomen und vernetzten Fahrens. Diese erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen DLR, Stadt und weiteren Partner wird auch in Zukunft fortgesetzt.

Im Bereich Fahrzeug-Sharing sind mehrere Car-Sharing-Anbieter bereits seit vielen Jahren im Stadtgebiet vertreten und werden von der Verwaltung durch die Ausweisung gut erreichbarer Stellplätze aktiv unterstützt.

Weiterhin hat die Beliebtheit und Nachfrage von Lasterrädern zum innerstädtischen Transport in den letzten Jahren merklich zugenommen. Lastenräder sind insbesondere für Innenstädte ein sehr gut geeignetes Instrument zur Erreichung mehrerer verkehrs- und umweltpolitischer Ziele: Sie verursachen weder Luftschadstoff- noch Lärmemissionen, verbrauchen keinen fossilen Kraftstoff, brauchen deutlich weniger Platz im Vergleich zu konventionellen Pkw und Lieferfahrzeugen und haben ein signifikant geringeres Risiko hinsichtlich der Schwere von etwaigen Unfallfolgen.

Da die Anschaffung von Lastenrädern mit hohen Kosten verbunden ist, haben sich parallel in mehreren deutschen Großstädten Initiativen gegründet, die Lastenräder zur geteilten Nutzung (Lastenrad-Sharing) anbieten. Die Verwaltung begrüßt die Braunschweiger Initiative „Heinrich – Der Lastenlöwe“ ausdrücklich und hat diese mit der Finanzierung eines zusätzlichen Lastenrads unterstützt.

Zu 3.:

Übergeordnete Themenbereiche wie Automatisierung und die Einführung bzw. Zulassung neuer Verkehrsmittel werden maßgeblich von internationalen Verträgen wie dem Wiener Übereinkommen über den Straßenverkehr sowie von Gesetzen und Verordnungen des Bundes geregelt, sodass für Kommunen nur sehr begrenzte Möglichkeiten der Einflussnahme bestehen.

Ein aktuelles Beispiel für entsprechende Verordnungsbestrebungen des Bundes ist die Elektrokleinstfahrzeugeverordnung (eKFV), durch welche die Nutzung von elektrisch angetriebenen Tretrollern im Straßenverkehr geregelt werden soll. Nach umfangreicher Debatte über die Inhalte dieser Verordnung in Fachkreisen soll am 17.05.2019 der Bundesrat über den derzeit vorliegenden Entwurf der Verordnung entscheiden. Die Verwaltung hat die Fachdebatte in den Jahren 2018 und 2019 verfolgt und zu Recherchezwecken auch auf Fachinformationen des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages zu straßenverkehrsrechtlichen Aspekten von Elektrokleinstfahrzeugen (WD 7 – 3000 – 082/18 und WD 7 – 3000 – 101/18) zurückgegriffen. Da verschiedene Bedenken von kommunalen Spitzenverbänden, Verkehrsrechtsexperten und Anbietern bisher nicht ausreichend berücksichtigt worden seien, ist derzeit nicht absehbar, ob der Bundesrat dem derzeitigen Entwurf zustimmen wird.

Ein Themenbereich, in dem auch für Kommunen Handlungsspielräume bestehen, ist die Förderung von Lastenrädern. Mit Beschluss vom 02.04.2019 zu Drucksache 19-10408 hat der Rat die Verwaltung beauftragt, die Möglichkeiten eines kommunalen Förderprogramms für Lastenräder und Elektrokleinstfahrzeuge zu prüfen und zu bewerten. Hierzu wird die Verwaltung separat berichten.

Benscheidt

Anlage/n:

Absender:

**Gruppe Die PARTEI/PIRATEN im
Stadtbezirksrat 131**

TOP 8.5
18-08571
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Förderung von Lastenfahrrädern

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

06.07.2018

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (zur Beantwortung)

18.09.2018

Status

Ö

Zurzeit laufen bundesweit in verschiedenen Kommunen Förderprogramme zur Anschaffung von Lastenfahrrädern. Eine, auch teilweise, Umstellung des Warentransports erscheint sinnvoll, weil "umweltfreundlich, leise und platzsparend" (Zitat Landesregierung Berlin, siehe Anlage 2).

1 – Wie schätzt die Verwaltung die Veränderungen bei der Verkehrsbelastung des Stadtbezirks Innenstadt insbesondere im Waren- und Güternahverkehr durch den Einsatz von Lastenfahrrädern ein?

2 – Welche Angebote hält die Stadt zur Substitution von innenstädtischem KFZ-Verkehr durch Förderung der Anschaffung von „umweltfreundlichen, leisen und platzsparenden“ Verkehrsmitteln bereit?

3 – Welche Voraussetzungen müssen geschaffen sein für ein städtisches Förderprogramm zur Steigerung der Anzahl von Lastenfahrrädern mit oder ohne elektrische Antriebsunterstützung im innerstädtischen Stadtraum?

Gez.

Martin Bonneberg

1 – <https://www.zeit.de/mobilitaet/2018-07/lastenraeder-senat-berlin-foerderung-infrastruktur>

2 – <http://www.spiegel.de/auto/aktuell/lastenfahrraeder-berlin-zahlt-kaeufern-praemie-a-1216660.htm>

Betreff:

Förderung von Lastenfahrrädern

Organisationseinheit:

Dezernat III
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr

Datum:

14.05.2019

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

22.05.2019

Status

Ö

Sachverhalt:

Zur Anfrage Gruppe Die PARTEI/PIRATEN vom 6.7.2018 nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Zu Frage 1:

Studien zeigen, dass das Potenzial von Lastenrädern vor allem die Transportkette auf der letzten Meile unterstützt. In dieser Funktion können Lastenräder in der Innenstadt dazu beitragen, einen Teil des Wirtschaftsverkehrs umweltschonend und effizient abzuwickeln.

Bei der Integration eines Lastenrad-Systems ist stark darauf zu achten, welcher Zweck dem Lastenrad zuteilwird. Laut einer Untersuchung des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI), in dem der Einsatz von Lastenrädern im Wirtschaftsverkehr untersucht wurde, kann der Fahrrad-Wirtschaftsverkehr in die sechs Marktsegmente Postdienstleistungen, Kurierdienstleistungen, Paketdienstleistungen, Lieferservice, Werksverkehr und Personenwirtschaftsverkehr unterteilt werden. Jedes dieser Segmente hat andere Anforderungen an die zu verwendenden Fahrzeuge und die parallel erforderliche Verteil-Infrastruktur.

Im Rahmen des anstehenden Mobilitätsentwicklungsplans (MEP) wird neben dem Radverkehr auch der Güterverkehr und hier auch die Verknüpfung dieser beiden Aspekte im Rahmen einer City-Logistik beleuchtet werden.

Zu Frage 2:

Für die Substitution von innerstädtischem Kfz-Verkehr hält Braunschweig unterschiedliche Alternativen im Bereich des Umweltverbunds bereit. Einerseits hält die Stadt Braunschweig ein gutes ÖPNV-Angebot vor. Gemeinsam mit der Braunschweiger Verkehrs-GmbH und dem Regionalverband Großraum Braunschweig wird das Angebot im ÖPNV kontinuierlich verbessert sowohl hinsichtlich des Betriebes (z. B. Fahrplan- und Linienkonzept 2019) als auch der Infrastruktur (Stadtbahnausbaukonzept, Regionalbahnkonzept 2014+).

Andererseits trägt die gute Fahrradinfrastruktur, die nunmehr auch über Radschnellwege leistungsfähig in die Region ausgeweitet werden wird, dazu bei, Kfz-Fahrten zu reduzieren.

Das Angebot des Lastenradverleihs "Heinrich der Lastenlöwe", welches den Nutzerinnen und Nutzern die Möglichkeit bietet, z. B. Einkäufe und Gepäck umweltfreundlich und leise zu transportieren, ist eine weitere Alternative. Die Stadt Braunschweig hat dafür die Anschaffungskosten eines Lastenrads übernommen.

Zu Frage 3:

Einem Programm zur Förderung von Lastenfahrrädern geht die Ausarbeitung einer entsprechenden Förderrichtlinie und die Bereitstellung von Haushaltsmitteln voran. Mit Beschluss vom 02.04.2019 zu Drucksache 19-10408 hat der Rat die Verwaltung beauftragt, die Möglichkeiten eines kommunalen Förderprogramms für Lastenräder und Elektrokleinstfahrzeuge zu prüfen und zu bewerten. Hierzu wird die Verwaltung separat berichten.

Benscheidt

Anlage/n: